

# Nebrer Anzeiger

## für die Stadt und Umgegend.

Gratisbeilagen:

Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirtschaftliche Beilage.

Amfliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. H.

Ar. 99.

Nebra, Mittwoch, den 13. Dezember 1905.

18. Jahrgang.

### Die russische Universitätsreform.

Seit Jahren stand die Universitätsreform an erster Stelle unter den brennenden Tagesfragen in Rußland; mit der Zulassung der inneren Bezugsliste war sie jedoch anscheinend in den Hintergrund getreten. Die Studenten spielten freilich nach wie vor eine führende Rolle in der revolutionären Bewegung, und Professoren und Studenten beteiligten sich an den Demonstrationen des Widerstands; aber bei der Bewegung der letzten Monate kümmerte man sich weniger um die Selbstverwaltung der Hochschulen und die Freiheit der Wissenschaft, als um die Verbesserung politischer Rechte an die ganze Bevölkerung. Eine demokratische Verfassung mit einer Selbstverwaltung, dem allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrecht, einem veranwortlichen Ministerkabinett und der konstitutionellen parlamentarischen Staaten war das Ziel des gesamten Strebens. Daraus sollte sich dann nach und nach die russische Verfassung bilden. Die letzten Verfassungsarbeiten der russischen Regierung haben sich indes durch das feste Bestehen der konstitutionellen Grundzüge über die sonstigen Bedürfnisse nicht hinwegsetzen lassen. Sie wußten, daß die Umgestaltung des Universitätswesens sofort energig gefördert werden würde, sobald die Verfassungsfrage einigermaßen betrieblich gelöst worden wäre, und sie haben deshalb längst ihre Vorbereitungen dazu getroffen. Grundlegend war nun schon seit Monaten bereit, die meisten für die Universitätsreform erforderlichen Vorarbeiten zu beenden, und die Vollendung ist jetzt, wie sich erhellet, so rasch als möglich zur Tat gemacht worden.

Die Bearbeitung der Universitätsreform war einer Kommission im Ministerium für Volksaufklärung übertragen worden. Die Grundzüge ihres Entwurfes ist die Anerkennung der Selbstverwaltung der Universitäten. Daraus baut sich alles übrige auf. Die Leitung der Hochschulen wird dem Rektor und gewissen einzelnen wie kollegialen Organen übertragen werden, und die Genehmigung des Antrages, des höchsten Bereiches des Unterrichtsministeriums im Reichstage, in die inneren Angelegenheiten wird nicht gefastet. Wenn dieses nicht eingehalten wird, so hätte damit die Unabhängigkeit des akademischen Lebens einigermaßen gefährdet sein und die Klagen über Bevormundung nicht aufhören. Aber man wird vielleicht Anlaß daran nehmen, daß dem Rektor noch immer das Recht verbleibt, eine gewisse Kontrolle der Universitätsverwaltung auszuüben, die sich zwar nur auf äußere Dinge erstrecken soll, einem klugen und willensfesten Manne jedoch leicht die Möglichkeit gewährt wird, seinen Einfluß auch auf den Geistesausbau, die ihm im Grunde entgegen sind. Diese Bestimmung wird nicht zu lebhaften Erwiderungen in der künftigen Presse Anlaß geben.

Entsprechend dem Fortschritte der Wissenschaft und dem raschen Aufbruch zu den Universitäten, steht der Entwurf eine Vermehrung der Lehrkräfte vor; und zwar sollen hierbei die Fakultäten anregen und der Regierung besondere Vorstellungen machen, wenn sie etwaige Minderleistungen für notwendig halten. Von den übrigen Bestimmungen des Entwurfes seien noch folgende kurz erwähnt: Die gelehrten Grade des „Magisters“ und „Doktors“ werden neben dem des „Kandidaten“ (der erst nach halbjährlicher, sehr betrieblicher Schulprüfung und der Anfertigung einer wissenschaftlichen Arbeit verliehen wird) aufrecht erhalten, ja sie werden auch auf die medizinische Fakultät ausgedehnt, in der bisher nur die Würde des Magisters für genügende Leistungen und der Grad des Doktors für eine gute Schulprüfung zuerkannt wurden. Der Eintritt in die Universitäten soll dagegen erleichtert werden, jedoch werden diejenigen, die nach dem Gesetze nicht ohne weiteres eingeschrieben werden dürfen, eine Prüfungspflicht nachholen müssen. Die Studiengebühren will man durch Schulstipendien bei der Universitätsverwaltung, die bisherigen Beiträge der gelehrten Grade beim Eintritt in den Staatshaus werden aufgehoben, und endlich will man die Honorare

der Professoren wesentlich ermäßigen, die Gehälter dagegen entsprechend erhöhen. Schließlich ist noch erwähnt, daß künftige Disziplinarvergehen von einem Disziplinargerichtshof abgehandelt werden sollen, der direkt unter dem Unterrichtsminister steht.

Der Entwurf wird fernerhin namentlichen Widerspruch in den meisten Instanzen begegnen, die er nach durchlaufen muß. Er sichert die Unabhängigkeit der Universitäten, und von Professoren und Studenten wird es jetzt abhängen, die Entwicklung derselben in gebührender Bahnen zu lenken. Daß das aber geschehen wird, ist nach allem, was geschehen ist, zumal nach dem bisherigen Auftreten der Studenten, zum mindesten äußerst zweifelhaft. Somit würde auch den nicht-russischen Universitäten und ihren Angehörigen der Mund gar zu sehr verkümmert, wenn sie diesen Entwurf lernen lernen.

### Deutscher Reichstag.

Bei Fortsetzung der ersten Beratung des Etats in Verbindung mit der ersten Beratung der Fiskalpolitik am 9. d. schloß sich Abg. Wöhrmann (nat. lib.) namens seiner politischen Freunde den Ausführungen des Abg. Herberich über die Bedeutung des Dreiecksabkommens an. Er wies auf den Zusammenhang zwischen dem Abkommen und dem Reichsstaatsbudget hin, und wies auf die Notwendigkeit hin, die Sozialdemokraten bei der Bearbeitung des Etats zu berücksichtigen. Er wies auf die Notwendigkeit hin, die Sozialdemokraten bei der Bearbeitung des Etats zu berücksichtigen.

Der Reichstag hat sich heute mit der Beratung des Etats beschäftigt. Die Sozialdemokraten haben ihre Forderungen nach einer Reform der Sozialversicherung geltend gemacht. Sie wiesen auf die Notwendigkeit hin, die Sozialdemokraten bei der Bearbeitung des Etats zu berücksichtigen.

Die Sozialdemokraten haben ihre Forderungen nach einer Reform der Sozialversicherung geltend gemacht. Sie wiesen auf die Notwendigkeit hin, die Sozialdemokraten bei der Bearbeitung des Etats zu berücksichtigen.

Wahrung nicht immer die richtigen Leute an die richtigen Stellen gestellt hat, wies er, daß nicht zu verallgemeinern. Auch ein Kolonialbeamtenstand muß herangebildet werden. General v. Trotha hat seine dreigekammerte Proklamation an die Bevölkerung durch einen Erfolg an die Truppen abgelehnt. Demnach wurde er von hier sofort angetrieben, die Generale sofort aufzunehmen und sich dabei der guten Dienste der Missionen zu bedienen. Niemals ist eine Kolonialpolitik mit großer Wichtigkeit geführt worden, wie sie es unter Truppen in Südwestafrika. Der Abg. Wöhrmann hat die Rede des Reiches nach Tanger als eine Proklamation bezeichnet. In demselben Sinne wird mit meiner vollen höchsten Verantwortung. Das weitere Überzeugte hat sich der Kaiser durch diese Rede um das Vaterland nur verdient gemacht. In der Angelegenheit Savais hat die Regierung ihre Pflicht und Schuldigkeit erfüllt. Sie hat in keiner Weise ihre Pflicht nicht durch die Sozialdemokraten hören lassen. Während ferner verlässliche Leute in



Portenloten-Kapitän Manasse f.

In Südwestafrika ist wieder eine der Stellen für den General v. Trotha besetzt. Der Reichstag hat sich heute mit der Beratung des Etats beschäftigt. Die Sozialdemokraten haben ihre Forderungen nach einer Reform der Sozialversicherung geltend gemacht.

Der Reichstag hat sich heute mit der Beratung des Etats beschäftigt. Die Sozialdemokraten haben ihre Forderungen nach einer Reform der Sozialversicherung geltend gemacht.

Der Reichstag hat sich heute mit der Beratung des Etats beschäftigt. Die Sozialdemokraten haben ihre Forderungen nach einer Reform der Sozialversicherung geltend gemacht.

Insertionspreis für die einblättrige Spaltenzeile oder deren Raum 15 Pfg., bei Privatangelegenheiten 10 Pfg. Resten pro Zeile 15 Pfg. Inzerate werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Die Postbeamten haben zum Teil ihren Dienst wieder angetreten, da die Regierung den Streikenden mit Entlassung droht. Briefträger und Telegraphenbeamte streiken weiter.

An Stelle des ermordeten früheren Reichsministers General-Adjunkten Sacharow wird der frühere General-Adjunkt General v. Barlow, Major-General, nach Sankt Petersburg zur Unternehmung der Bureaupläne abgeordnet werden.

Die Rede des Reichstagespräsidenten v. Helldorf über den Reichstag wurde in der Sitzung des Reichstages am 13. d. gehalten. Er wies auf die Notwendigkeit hin, die Sozialdemokraten bei der Bearbeitung des Etats zu berücksichtigen.

Die Sozialdemokraten haben ihre Forderungen nach einer Reform der Sozialversicherung geltend gemacht. Sie wiesen auf die Notwendigkeit hin, die Sozialdemokraten bei der Bearbeitung des Etats zu berücksichtigen.

Die Sozialdemokraten haben ihre Forderungen nach einer Reform der Sozialversicherung geltend gemacht. Sie wiesen auf die Notwendigkeit hin, die Sozialdemokraten bei der Bearbeitung des Etats zu berücksichtigen.

Die Sozialdemokraten haben ihre Forderungen nach einer Reform der Sozialversicherung geltend gemacht. Sie wiesen auf die Notwendigkeit hin, die Sozialdemokraten bei der Bearbeitung des Etats zu berücksichtigen.

Die Sozialdemokraten haben ihre Forderungen nach einer Reform der Sozialversicherung geltend gemacht. Sie wiesen auf die Notwendigkeit hin, die Sozialdemokraten bei der Bearbeitung des Etats zu berücksichtigen.

### Politische Rundschau.

Die Wahlen in Rußland. Die Reichstagswahlen sind am 13. d. abgehalten worden. Die Sozialdemokraten haben ihre Forderungen nach einer Reform der Sozialversicherung geltend gemacht.

Die Sozialdemokraten haben ihre Forderungen nach einer Reform der Sozialversicherung geltend gemacht. Sie wiesen auf die Notwendigkeit hin, die Sozialdemokraten bei der Bearbeitung des Etats zu berücksichtigen.

Die Sozialdemokraten haben ihre Forderungen nach einer Reform der Sozialversicherung geltend gemacht. Sie wiesen auf die Notwendigkeit hin, die Sozialdemokraten bei der Bearbeitung des Etats zu berücksichtigen.

Die Sozialdemokraten haben ihre Forderungen nach einer Reform der Sozialversicherung geltend gemacht. Sie wiesen auf die Notwendigkeit hin, die Sozialdemokraten bei der Bearbeitung des Etats zu berücksichtigen.

Die Sozialdemokraten haben ihre Forderungen nach einer Reform der Sozialversicherung geltend gemacht. Sie wiesen auf die Notwendigkeit hin, die Sozialdemokraten bei der Bearbeitung des Etats zu berücksichtigen.

Die Sozialdemokraten haben ihre Forderungen nach einer Reform der Sozialversicherung geltend gemacht. Sie wiesen auf die Notwendigkeit hin, die Sozialdemokraten bei der Bearbeitung des Etats zu berücksichtigen.

Die Sozialdemokraten haben ihre Forderungen nach einer Reform der Sozialversicherung geltend gemacht. Sie wiesen auf die Notwendigkeit hin, die Sozialdemokraten bei der Bearbeitung des Etats zu berücksichtigen.







